

NACHRICHTEN

Kongress der Juden ruft zu Protest

PARIS: Der in Paris ansässige Europäische Kongress der Juden hat am Montag zu Massendemonstrationen gegen die neue österreichische Regierung aufgerufen. Die Protestkundgebungen sollen am 23. Februar in Strassburg, Brüssel, Berlin, Rom und London stattfinden, teilte die Organisation mit. In Frankreich ist die zentrale Demonstration auf dem Platz vor dem Europäischen Parlament in Strassburg geplant. Dort hatten deutsche und elsässische Nationalsozialisten im September 1940 die historische jüdische Synagoge in Brand gesteckt.

Indiskretion liess Durchsuchung platzen

BERLIN: Eine Indiskretion hat eine geplante Durchsuchung bei Altbundeskanzler Helmut Kohl platzen lassen. Die Bonner Staatsanwaltschaft rückte am Montag von ihrer Absicht ab, im Zuge der Ermittlungen in der Spendenaffäre Kohls Wohnungen und Büros durchsuchen zu lassen. Zuvor hatte das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» über das Vorhaben berichtet. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Wiefelspütz, bedauerte das Bekanntwerden der geplanten Durchsuchung. Doch wurden auch aus der SPD Zweifel an deren Sinn laut. Die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen wegen Geheimnisverrats gegen unbekannt ein und prüft auch den Tatbestand der Strafvereitelung. Staatsanwalt Roland Wangen sagte, der bereits am Freitag erwirkte Durchsuchungsbeschluss werde nicht vollstreckt, weil die Aktion nur Erfolg verspreche, wenn die Betroffenen nicht vorab unterrichtet seien. Die Veröffentlichung habe die Ermittler der Möglichkeit beraubt, mit den Durchsuchungen «wichtige Erkenntnisse für die Sachaufklärung zu gewinnen». Nach Wangens Angaben lagen Durchsuchungsbeschlüsse für die Büro- und Privaträume Kohls in Berlin und Oggersheim sowie für die Wohnräume von Kohls langjähriger Bürochefin Juliane Weber und dem langjährigen Chauffeur des Altkanzlers, Eckhard Seber, vor. Bevorstehende Durchsuchungen wären wohl in jedem Fall bekannt geworden. Denn zuvor hätte der Bundestag über die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten entscheiden müssen. Dies gilt allerdings nicht für Durchsuchungen bei Weber und Seber.

Elf Kandidaten für russische Präsidentenwahl

MOSKAU: Bei der Präsidentenwahl in Russland am 26. März treten gegen den kommissarischen Amtsinhaber und klaren Favoriten Wladimir Putin zehn Gegenkandidaten an. Die Zentrale Wahlkommission in Moskau schloss am Montag die Registrierung der Bewerber ab. Zuletzt wurden der suspendierte Generalstaatsanwalt Juri Skuratow, der ehemalige Geheimdienstler Jewgeni Sawostjanow und der umstrittene tschetschenische Unternehmer Umar Dschabrailow zur Wahl zugelassen. Als stärkster Herausforderer für Favorit Putin gilt Kommunisten-Chef Gennadi Sjaganow. Umfragen zufolge liegt Putin aber deutlich in Führung und könnte schon im ersten Wahlgang die notwendigen mehr als 50 Prozent der Stimmen erhalten. Andernfalls kommt es drei Wochen später zu einer Stichwahl zwischen den beiden erstplatzierten Bewerbern. Weitere bekannte Bewerber sind der liberale Ökonom Grigori Jawlinski und die Gouverneure der Gebiete Samara und Kemerowo, Konstantin Titow und Aman Tulejew. Der Rechtspopulist Wladimir Schirinowski wurde wegen falscher Angaben über seine Besitzverhältnisse nicht zur Wahl zugelassen und will dagegen vor Gericht gehen.

Mandela fordert Teilnahme an Gesprächen

ARUSHA: Vermittler Nelson Mandela hat die zwei wichtigsten Rebellenorganisationen eindringlich aufgefordert, an den Friedensgesprächen für Burundi teilzunehmen. Der Beginn der Verhandlungen ist auf Dienstag angesetzt. «Wenn wir Frieden nach Burundi bringen wollen, müssen die Rebellen einbezogen werden», sagte Mandela am Montag in Arusha in Tansania. Südafrikas Ex-Präsident verlangte nicht nur die Präsenz von allen 18 politischen Parteien, sondern auch der bewaffneten Gruppen. Am Dienstag sollten die Verhandlungen beginnen. Die Guerillagruppen Verteidigungskräfte der Demokratie (FDD) und Nationale Befreiungskräfte (FNL) haben ihre Teilnahme noch nicht zugesagt.

Bundesrat Deiss in der Türkei

Politischer Dialog zwischen Bern und Ankara wieder aufgenommen

ANKARA: Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Türkei scheinen sich zu entspannen. Der politische Dialog ist nach den Worten von Bundesrat Joseph Deiss wieder in Gang gekommen.

Deiss hat am Montag in Ankara seinen türkischen Amtskollegen Ismail Cem zu einem Besuch in die Schweiz eingeladen. Er hoffe, dass Cem noch dieses Jahr kommen könne, sagte Deiss nach Angaben der Nachrichtenagentur Anadolu. Nach einem Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen Ismail Cem sagte EDA-Vorsteher Deiss am Montag vor den Medien in Ankara: «Der politische Dialog zwischen der Schweiz und der Türkei ist wieder aufgenommen.» Cem und Deiss besprachen während rund zwei Stunden bilaterale Fragen und die Menschenrechte.

Intensiv und freundschaftlich

Das zweistündige Gespräch mit dem türkischen Aussenminister sei «intensiv und freundschaftlich» gewesen, sagte Deiss weiter. «Wir hoffen, dass auf dieser Basis die Beziehungen zwischen der Türkei und der Schweiz in Zukunft vertieft werden können», unterstrich Deiss.

Deiss und Cem erörterten unter anderem die Justizreformen in der Türkei. Wie Deiss ausführte, ist der Austausch von Experten geplant.

Er sei nicht ins Land am Bosphorus gekommen, um Lektionen zu erteilen, betonte Bundesrat Deiss. «Jeder muss bereit sein vom Anderen zu lernen.» Dies gelte für die Frage der Menschenrechte, die diskutiert worden sei. Die Türkei sei sehr sensibel in dieser Frage, fügte



Bundesrat Joseph Deiss (links) befindet sich zu Gesprächen mit Ismail Cem in Ankara.

der Schweizer Aussenminister hinzu.

Die Schweiz hoffe, dass die Verbesserungen in diesem Bereich für alle türkischen Staatsangehörigen gelte, sagte Deiss weiter. Vor seinem Gespräch mit dem türkischen Aussenminister war er am Montag mit Vertretern der zwei wichtigsten Menschenrechtsorganisationen der Türkei zusammengetroffen.

Der Fall Öcalan kam beim Treffen zwischen Cem und Deiss ebenfalls zur Sprache. Deiss begrüßte den Entscheid der Türkei abzuwarten, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entscheide.

Erst anschliessend wird das türkische Parlament über das Todesurteil gegen den Chef der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) entscheiden.

Intensivierung der Zusammenarbeit

Im Gespräch mit Cem sprach Deiss auch wirtschaftliche Fragen an. Dabei habe der türkische Aussenminister den Wunsch geäußert, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Türkei intensiviert würden, sagte Deiss vor den Medien weiter.

Der geplante Türkei-Besuch von David Syz, Staatssekretär für Wirt-

schaft, in der zweiten Jahreshälfte sei ein Zeichen dafür, dass auch die Schweiz an einer Intensivierung interessiert sei. Bundesrat Deiss traf am späten Montagnachmittag noch mit dem türkischen Staatschef Süleyman Demirel und Regierungschef Bülent Ecevit sowie Justizminister Hikmet Sami Türk zusammen. Am Morgen hatte er vor dem Atatürk-Mausoleum in Ankara einen Kranz niedergelegt. Am Dienstag wird Bundesrat Deiss in Istanbul mit Wirtschafts- und Handelsvertretern zusammen treffen und anschliessend wieder in die Schweiz zurückkehren.

Militärparade in Grosny

Weitere Luftangriffe im Gebirge

MOSKAU: Knapp zwei Wochen nach der Eroberung von Grosny hat die russische Armee in der tschetschenischen Hauptstadt am Montag mit einer Militärparade ihre Stärke demonstriert. Die russische Luftwaffe setzte ihre Angriffe im Süden Tschetscheniens fort.

Anlass für die Parade in Grosny waren vorgezogene Feiern für den «Tag der Armee» an diesem Mittwoch. Während Verteidigungsminister Igor Sergejew am Flughafen Sewerni den Vorbeimarsch von Einheiten verschiedener Waffengattungen abnahm, dröhnten Kampfflugzeuge und Helikopter im Formationsflug über das Gelände hinweg.

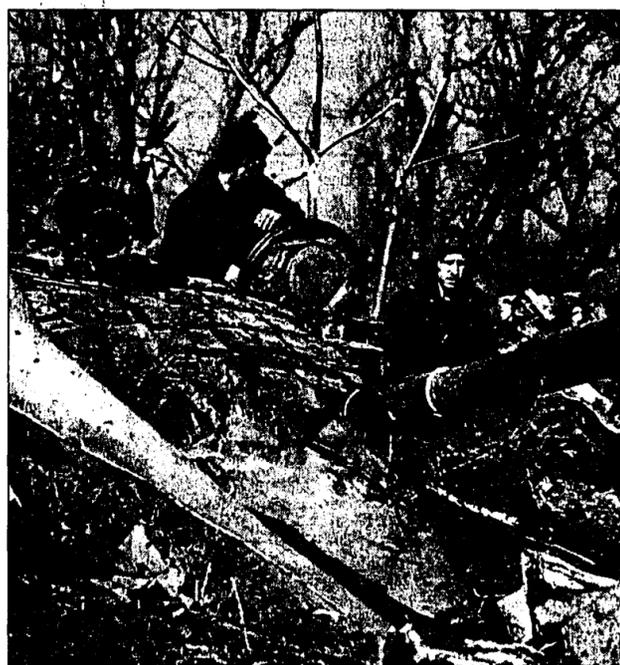
Sergejew überreichte den für den Tschetschenien-Feldzug hauptverantwortlichen Generälen Viktor Kasanzew, Gennadi Troschew und Wladimir Schamanow die in Moskau unterzeichneten Beförderungs-urkunden. Parade und Beförderungszeremonie wurden vom russischen Fernsehen übertragen.

Putin: Krieg wird fortgesetzt

In Moskau kündigte Übergangspräsident Wladimir Putin bei einem Empfang für führende Militärs im Kreml die Fortsetzung des Kriegs in Tschetschenien «bis zu seinem logischen Ende» an.

Darunter verstand Putin nach Angaben der Agentur Interfax die vollständige Eroberung der von Moskau abtrünnigen Kaukasus-Republik und ihre «Befreiung von den Terroristen», wie die Rebellen im offiziellen Sprachgebrauch Moskau genannt werden. Den bisherigen Verlauf des Feldzugs wertete Putin positiv.

Im Gegensatz zu den demonstra-



Russische Soldaten halten die Stellung mit einem Panzer.

tiven Schauflügen über Grosny flogen Kampfflugzeuge der russischen Luftwaffe im Gebirge im Süden von Tschetschenien Einsätze gegen Stellungen der Rebellen.

Im Mittelpunkt der Bomben- und Raketenangriffe lagen Stützpunkte der Rebellen auf beherrschenden Höhen rund um die Argun-Schlucht und im Tal von Wedeno, berichtete Interfax. Über den Verlauf der Kampfhandlungen der Bodentruppen lagen keine gesicherten Angaben vor.

Die Gesamtzahl der in Tschetschenien noch aktiven Rebellen wurde vom russischen Innenministerium auf rund 5000 Mann ge-

schätzt. Von diesen stünden knapp zwei Drittel in der Gebirgsregion im Süden im Einsatz, sagte Wjatschlaw Tichomirow, Oberbefehlshaber der Sondertruppen des Moskauer Innenministeriums.

Nach Darstellung russischer Militärs bereiteten die im Gebirge eingekesselten Rebellen die Öffnung eines Korridors in die benachbarte Republik Georgien vor.

Dabei sollte vor allem dem aus Jordanien stammenden Feldkommandanten Chattab und Söldnern aus arabischen Staaten die Flucht ermöglicht werden, berichtete die Agentur Itar-Tass unter Berufung auf militärische Kreise.

Jack Straw muss entscheiden

LONDON/BERN: Das Pinochet-Dossier kommt am Dienstag wieder auf das Pult des britischen Innenministers Jack Straw muss im Hinblick auf die Auslieferungsgesuche aus Spanien, der Schweiz, Belgien und Frankreich über die Freilassung des Generals entscheiden. Die Justizbehörden der vier Staaten hätten eine Frist von einer Woche bis Dienstag 17.00 Uhr GMT (16.00 Uhr Schweizer Zeit), erhalten, um den medizinischen Bericht über Pinochet auszuwerten und allfällige Reklame einzulegen. Die vier Staaten fordern in einem bereits 17 Monate dauernden Rechtsstreit die Auslieferung des ehemaligen chilenischen Diktators. Straw wird zu entscheiden haben, ob die Beobachtungen seinem Plan widersprechen. Der Juntachef nach Chile zurückzuschicken. Das britische Innenministerium wollte am Montag nicht bekannt geben, wann Straws Entscheidung fallen werde. Beim Bundesamt für Polizeiwesen (BAP), das für die Übermittlung der Schweizer Position nach Grossbritannien zuständig ist, wird strikt geschwiegen. Man wolle zuerst gegenüber den britischen Behörden Stellung nehmen, bevor man die Position öffentlich mache, sagte BAP-Sprecher Folco Galli auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA. Bei den Genfer Untersuchungsbehörden teilte die zuständige Untersuchungsrichterin Christine Junod mit, dass sich nach der Lektüre des medizinischen Berichts die Schweizer Position nicht geändert habe.